

## **DATENSCHUTZERKLÄRUNG FÜR PERSONEN, DIE RECHTSWIDRIGES VERHALTEN MELDEN**

(Art. 13 Verordnung (EU) 2016/679 - DSGVO)

### **Verantwortlicher**

Der Verantwortliche ist Arneg S.p.A. - Via Venezia, 58 - 35010 Campo San Martino (PD)

Tel.: +39 049 9699333

E-Mail: [privacy@arneg.it](mailto:privacy@arneg.it)

### **Verarbeitete personenbezogene Daten, Zwecke und Rechtsgrundlage der Verarbeitung**

Verarbeitet werden die personenbezogenen Daten, die von Ihnen bereitgestellt wurden, um auf mutmaßliches rechtswidriges Verhalten hinzuweisen, von dem Sie im Rahmen Ihrer beruflichen Tätigkeit unmittelbar Kenntnis erlangt haben und das sich auf Folgendes bezieht:

- Verwaltungs-, buchhalterische, zivil- oder strafrechtliche Verstöße;
- Verstöße gegen das EU-Recht in einer Vielzahl von Bereichen, die im Anhang der Richtlinie (EU) 2019/1937 ausdrücklich genannt sind (u. a. öffentliches Auftragswesen, Finanzdienstleistungen, Produkt- und Transportsicherheit, Umweltschutz, Lebensmittelsicherheit, öffentliche Gesundheit, Schutz der Privatsphäre, Schutz von Netzsystemen, Wettbewerb).

Dieses Verhalten muss von Personen begangen werden, die in verschiedenen Funktionen mit dem Verantwortlichen zusammenarbeiten.

Die Verarbeitung dieser Daten ist notwendig, um die gesetzlichen Verpflichtungen zu erfüllen, die dem Verantwortlichen durch die gesetzvertretende Verordnung Nr. 24/2023 auferlegt werden (Art. 6 Abs. 1 Buchst. c) DSGVO) und die die Durchführung der notwendigen Untersuchungstätigkeiten betreffen, die darauf abzielen, die Begründetheit der Meldung zu überprüfen und die sich daraus ergebenden Maßnahmen zu ergreifen. Der Verantwortliche erkennt und akzeptiert auch „anonyme“ Meldungen, so dass die Verarbeitung Ihrer Identifikations- und Kontaktdaten von Ihrem Willen abhängt.

Sie haften in jedem Fall persönlich für den verleumderischen Inhalt Ihrer Mitteilungen. Der Verantwortliche weist außerdem darauf hin, dass die vom Hinweisgeber bereitgestellten Daten für den Zweck der Meldung relevant sein

müssen (weitere Angaben finden Sie in dem für Meldungen festgelegten Verfahren).

### **Art und Weise der Verarbeitung**

Die Datenverarbeitung erfolgt durch EDV-gestützte Verfahren oder manuell durch die für das Meldewesen zuständige Person, die vom Verantwortlichen speziell geschult und ermächtigt wurde und die zur Vertraulichkeit und Datenverwaltung gemäß den für angemessen erachteten Sicherheitsmaßnahmen verpflichtet ist.

### **Verpflichtung zur Bereitstellung von Daten**

Die Übermittlung personenbezogener Daten über den Gegenstand der Meldung erfolgt freiwillig. Im Falle einer Verweigerung und wenn sich eine solche Bereitstellung als unerlässlich erweist, um den Vorfall angemessen einzuordnen und/oder die Erfüllung der für die Meldung erforderlichen Voraussetzungen nachzuweisen, darf der Verantwortliche letztere nicht berücksichtigen.

Die persönlichen Identifizierungs- und Kontaktdaten des Hinweisgebers (mit Ausnahme der E-Mail-Adresse, deren Angabe für die Einreichung der Meldung obligatorisch ist) müssen nicht zwingend angegeben werden, was jedoch nicht die Gültigkeit der Meldung beeinträchtigt.

Aus Sicherheitsgründen in Bezug auf die Vertraulichkeit Ihrer personenbezogenen Daten und zur Vermeidung möglicher schädlicher Folgen erhält der Verantwortliche keine Meldungen außerhalb des dafür vorgesehenen Meldekanals.

### **Empfänger von personenbezogenen Daten**

Die erhobenen Daten werden nicht weitergegeben. Wenn es für die Erreichung des oben beschriebenen Zwecks erforderlich ist, können die von der für das Meldewesen zuständigen Person erhobenen und verarbeiteten Daten an die vom Verantwortlichen benannten Mitarbeiter weitergegeben werden. Darüber hinaus werden die im Rahmen der Meldung erhobenen Daten gegebenenfalls an die zuständigen Behörden weitergeleitet.

### **Speicherung von personenbezogenen Daten**

Meldungen und damit zusammenhängende Untersuchungsunterlagen werden so lange aufbewahrt, wie es für die Bearbeitung der Meldung erforderlich ist, jedoch höchstens fünf Jahre ab Mitteilung des abschließenden Ergebnisses des Hinweisverfahrens. Dabei bleibt die Verpflichtung zur Vertraulichkeit stets gewahrt.

Ist die Meldung für Verfahrenszwecke relevant, wird sie so lange aufbewahrt, wie es für die Ausübung der Rechte vor Gericht erforderlich ist.

## Rechte der betroffenen Personen

Als betroffene Person haben Sie das Recht, die folgenden Rechte auszuüben:

- Auskunft zu Ihren personenbezogenen Daten und Informationen über den Zweck der Verarbeitung, die Kategorie der personenbezogenen Daten, die Empfänger, an die die Daten übermittelt wurden oder werden, die Dauer, für die die personenbezogenen Daten gespeichert werden, die Herkunft der Daten, wenn sie nicht direkt von der betroffenen Person zur Verfügung gestellt wurden, und das Vorhandensein eines automatischen Systems zum Profiling zu erhalten (Art. 15 DSGVO);
- zuvor übermittelte Daten zu berichtigen (Art. 16 DSGVO);
- die Verarbeitung dieser Daten einzuschränken (Art. 18 DSGVO).

Das in Art. 17 DSGVO vorgesehene Recht auf Löschung kann nicht ausgeübt werden, wie Art. 17 Abs. 3 Buchst. b) Anwendung findet.

Um ihre Rechte geltend zu machen, muss die betroffene Person unter Angabe der zu Beginn dieser Datenschutzerklärung angegebenen Kontaktdaten beim Verantwortlichen einen Antrag stellen.

Ist die betroffene Person der Ansicht, dass die sie betreffende Verarbeitung gegen die Datenschutz-Grundverordnung (EU) 2016/679 verstößt, hat sie das Recht, über die auf der Webseite <https://www.garanteprivacy.it/> verfügbaren Kontakte eine Beschwerde bei der Datenschutzbehörde einzureichen.